



**Stadt  
Luzern**  
Grosser Stadtrat

## **Postulat Nr. 271 2004/2009**

Eingang Stadtkanzlei: 24. April 2007

### **Arbeit muss sich auch für tiefe Einkommen wieder lohnen!**

Die grossen Diskussionen rund um die teils sehr grosszügigen Sozialhilfeleistungen (bei ehrlicher Einberechnung, dass keine Steuern gezahlt werden müssen und die Krankenkassenprämien plus Franchise plus Selbstbehalt bezahlt werden; wenn Kinder da sind, kommen noch diverse Zusatzleistungen dazu) verdecken das Grundproblem: Es ist für Menschen mit tiefer Qualifikation, die dementsprechend kaum gutbezahlte Arbeit finden, schlicht finanziell attraktiver, nichts zu arbeiten und stattdessen von der Sozialhilfe zu leben. Fakt ist, dass derjenige, der trotzdem arbeitet, dafür fiskalisch bestraft wird.

Dies untergräbt unser System der Sozialwerke, das auf der Grundlage einer schweizerischen Arbeitsethik und einer föderalistisch verstandenen Idee von Solidarität errichtet wurde. Fakt ist leider auch, dass Zugewanderte diese Arbeitsethik sehr oft nicht mitbringen und keine Scheu haben, die Sozialwerke, die ihnen offeriert werden, auch zu benutzen. Gekoppelt mit dem Umstand, dass diese Zugewanderten sehr oft nur eine sehr geringe Qualifikation mitbringen und deshalb nur wenig verdienen können, ist deshalb der Ausländeranteil, eingerechnet die „Schweizer mit Migrationshintergrund“, in der Sozialhilfe sehr hoch.

Diese Entwicklungen sind gefährlich, weil sie einerseits die nach wie vor hohe Arbeitsmoral auch von Wenigverdienern untergraben, andererseits Ausländerfeindlichkeit schüren.

Es wird Zeit, dass diesen Tatsachen endlich ins Auge gesehen wird. Politiker und Parteien, die dieses Problem ansprechen, einfach in die Ecke von asozialen Ausländerhassern zu stellen, löst die Probleme nicht. Sind jene, die alles beim Alten belassen wollen, die die Armen beim Arbeiten bestrafen und die Sozialsysteme langsam, aber sicher unglaubwürdig machen, wirklich die moralisch besseren Menschen?

Auch nach der Steuergesetzrevision 08 des Kantons Luzern ist es nach wie vor so, dass Wenigverdiener völlig überrassene Steuerrechnungen erhalten:

Ein Zahlenbeispiel: Gemäss Steuerrechner zahlt zurzeit eine alleinstehende katholische Frau mit einem Bruttoeinkommen von 40'000 Franken und einem Pensionskassenabzug von jährlich 2'400 Franken sage und schreibe 2747 Franken Steuern. Rechnet man noch die zu zahlen-

Stadt Luzern  
Sekretariat Grosser Stadtrat  
Hirschengraben 17  
6002 Luzern  
Telefon: 041 208 82 13  
Fax: 041 208 88 77  
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch  
www.StadtLuzern.ch

den Krankenkassenprämien (auch nach Abzug der Prämienverbilligung) dazu, ist diese Frau am Existenzminimum.

Damit sich Arbeit auch für Menschen in diesen Einkommensschichten wieder lohnt, und diese sich nicht je länger mehr fragen, wieso sie überhaupt noch arbeiten gehen, müssen die Steuertarife grundsätzlich überdacht werden. Ziel muss es sein, dass tiefe Einkommen überhaupt nicht mehr besteuert werden und diese Menschen damit mehr Geld im Portemonnaie haben als solche, die von der Fürsorge leben.

Die SVP-Fraktion ersucht deshalb den Stadtrat, beim Kanton Luzern vorstellig zu werden, dass bei der nächsten Steuergesetzrevision tiefe Einkommen gänzlich von den Steuern befreit werden. Damit kann mittelfristig erreicht werden, dass durch diesen materiellen Anreiz viele Sozialhilfebezüger (natürlich nicht alle) wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden und damit die Gemeinden finanziell entlastet werden.

Damit können die Fürsorgestellten endlich wieder zu ihrer ursprünglichen, noblen Aufgabe, nämlich der Hilfe für diejenigen, die sich nicht selber helfen können, zurückfinden, und somit wird die Sozialhilfe nicht weiter als ein Dauersystem zur Daseinssicherung missbraucht.

Jörg Krähenbühl  
namens der SVP-Fraktion